

Von notwendigen Übeln und der Inkonsequenz

i Rache ist verwerflich genug, aber würde das christliche „Auge um Auge“ gelten – wäre der leidige Terrorkrieg wenigstens vorbei. Primitive Komparatistik: In Afghanistan starben mittlerweile mehr unschuldige ZivilistInnen als in den USA, in beiden Fällen werden die Verantwortlichen überleben. Es wäre die Zeit, sich wieder miteinander zu arrangieren und gegenseitiges Verständnis aufzubauen. Doch es geht um das fundamentalistische Prinzip „Gut und Böse“, das selbstgerechte wir oder sie.

Fast genau sechs Monate nach dem Anschlag, dem etwa 3.200 Menschen zum Opfer fielen, wird der öffentliche Diskurs bestimmt von einer Sprache, die an die Hochzeiten des Kalten Krieges erinnert. Nüchtern oder zynisch – außer von den Betroffenen vor Ort – werden die nächsten militärischen Interventionen verhandelt. Sobald das Wort „Terrorismus“ von staatlicher Seite ins Feld geführt wird, scheint die Öffentlichkeit zu nicken – es wird wohl nötig sein. Es besteht ein Widerspruch zwischen der durchaus kritischen Wahrnehmung der Zustände in den jeweiligen Krisen- und Konfliktgebieten und dem Umgang mit diesen Informationen. Jede/r beteiligt sich distanziert an Spekulationen über den nächsten Militäreinsatz. Vielleicht wird sogar eine Eskalation der innergesellschaftlichen Spannungen und eine Zunahme von Toten prophezeit – aber nur in wenigen Fällen führt dies zur Ablehnung militärischer Interventionen. Es sind Prognosen ohne Konsequenzen. Die entlarvte Doppelzüngigkeit der maßgeblichen Antiterroristen wird meist verständnisvoll abgefedert. Aber Empathie muß Grenzen kennen – oder sie wird zur Apathie: „Ich setze fünf Euro auf eine US-Intervention im Irak bis Mai“.

„Wir“, die „zivilisierte Welt“, die gern als globaler Bezugspunkt angeführten BürgerInnen Europas und Nordamerikas, wissen wo es lang geht. „Unsere“ inner- und zwischengesellschaftlichen Regelungsinstrumente sind so verfeinert und auf gerechten Ausgleich abgestimmt, „unsere“ Verhaltensnormen anderen Modellen überlegen. „Wir“ können es uns erlauben, den „Anderen“ zu sagen, wie die Spielregeln aussehen.

Nur: wann verhalten wir uns dementsprechend? Das Mindeste wäre doch, daß diejenigen, die diese „Herrschaft des Rechts“, der „Demokratie“ oder der „Freiheit“ beschwören, sich an eben diesen Kriterien messen, an der Einhaltung ihrer Normen und Verfahrenswei-

sen. Doch sie beugen das Grundgesetz, die UN-Charta, die Menschenrechtskonventionen und selbst den NATO-Vertrag – und mit ihnen wir alle, die nicht widersprechen. Der „Anti-Terror-Krieg“ bringt keine „neue Zeitrechnung“. Er ist ein archaischer Rückschritt zum Faustrecht, der Rechtsweg bleibt ausgeschlossen. Wer es nicht glaubt, betrachte einen beliebigen Schauplatz dieses „Anti-Terror-Krieges“. Anspruch und Wirklichkeit liegen dort meistens tödlich weit auseinander. Aber: paßt wirklich keine zivile Alternative dazwischen?

Erneut möchte die ami-Reaktion mit diesem Themenheft die Widersprüche der „Terrorlogik und –rhetorik“ dekonstruieren, denn auch sechs Monate nach dem Anschlag auf das World Trade Center hat die vermeintliche Informationsflut dafür gesorgt, daß die Konsequenzen der politischen Kraftmeierei aus dem Blickpunkt geraten. **Sarah Fritsch** widmet sich den Widersprüchen der Verlautbarungen der „gerechten Krieger“ zur afghanischen Realität. **Gerhard Piper** beschäftigt sich mit der unendlich juristischen Dehnbarkeit des Status eines Kriegsgefangenen auf Guantanamo und in einem zweiten Beitrag mit den ausgeweiteten Exekutions-Kompetenzen der amerikanischen Central Intelligence Agency. **Alf Linde** und **Christopher Steinmetz** untersuchen die gesellschaftliche Situation an den „favorisierten“ Interventionsorten Somalia und den Philippinen und setzen diese in Bezug zu den amerikanischen Planungen vor Ort. Am Beispiel der Bürgerkriegsregionen Kaschmir und Xinjiang zeigen **Michael Müller** und **Jens Rosenke**, wie bequem staatlicher „Antiterrorismus“ sein kann, wenn es um die Vertagung dringend notwendiger friedlicher Konfliktbearbeitung geht. „Die Hände sind uns gebunden!“ avanciert zum Lieblingssatz der pflichtgemäß vom Schicksal der dortigen Bevölkerung betroffenen westlichen Politiker, denn mit ihren eigenen Antiterror-Floskeln wurden sie politisch Schachmatt gesetzt. Schließlich lohnt sich zusammen mit **Stefan Gose** ein Blick vor die eigene Haustür und den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Die Bundeswehr interveniert schließlich munter mit, auch wenn Rechtsgrundlage, Auftrag und Auftragsumsetzung selbst den Regierungspolitikern einige Rätsel aufgeben. *Belaßt es nicht beim Lesen!*

Eure ami-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax: 030/25 79 73 42
redaktion@antimilitarismus-information.de
www.antimilitarismus-information.de

Redaktionskollektiv Sarah Fritsch, Stefan Gose, Jenny Krüger, Gerhard Piper, Claude Reichelt, Jens Rosenke, Christopher Steinmetz, Björn Tolksdorf

Erscheinungsweise monatlich, darunter unregelmäßig Themenhefte doppelten Umfangs

Preise Jahresabo Inland 30,70 €, Jahresabo Ausland 40,90 € (jeweils incl. Porto), Schnupperabo (2 Normalhefte, 1 Themenheft) 7,70 € (incl. Porto), Einzelheft 2,60 €, Themenheft 3,10 € (jeweils plus Porto), alle Preise incl. 7% gesetzl. Mwst.

Kündigung Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn nicht bis 30. November eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Spendenkonto/Bankverbindung Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Konto-Nr. 53 97 77 90 00, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

Drucklegung 5. März 2002

Nachdruck der mit Kürzel gezeichneten Beiträge ist bei Angabe der Quelle und Zusendung von zwei Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht.